

Handout - Vorgehen gegen innenpolitische Gegner

1) "Frühe Maßnahmen und Grausamkeiten des Nationalsozialismus in Deutschland (1933)"

a) Schießerlass Görings an die Polizeibehörden vom 17.02.1933:

Göring befiehlt den Polizeibehörden, mit "schärfsten Mitteln" gegen "staatsfeindliche Organisationen" vorzugehen und versichert, dass sie für den Gebrauch von Schusswaffen gedeckt sind. Schützen werden unterstützt und Verweigerer bestraft.

b) Rede Görings vor Berliner Polizeibeamten am 20.02.1933:

Göring betont die alleinige Verantwortung für das Handeln der Polizei und droht damit, persönlich für jede Aktion verantwortlich zu sein, einschließlich des Schießens auf Personen.

c) Goebbels Tagebucheintragen aus der Zeit des Reichstagsbrandes:

Goebbels beschreibt die Ereignisse nach dem Reichstagsbrand, lobt Göring für seine Maßnahmen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten und drückt seine Freude über die "Ausrottung" politischer Gegner aus.

d) Rede Görings in Essen am 11.03.1933:

Göring erklärt seinen Einsatz für die "Säuberung" des Volkes und die Bekämpfung von "Verrätern". Er lehnt die Unterstützung jüdischer Geschäfte ab und droht mit konsequentem Vorgehen gegen Gegner.

e) Die ersten Konzentrationslager:

Berichte über die Entstehung von Konzentrationslagern um Berlin herum und die grausamen Methoden der SA bei Verhören und Folterungen.

f) Schilderung eines Privatgefängnisses der SA im Hause der Gauleitung von Berlin:

Beschreibung eines von der SA betriebenen Gefängnisses, in dem politische Gegner gefoltert wurden, mit Berichten über schwere Misshandlungen und Torturen.

2) Exekutiven Befugnisse der NSDAP im Frühjahr 1933

1. Ermächtigungsgesetz (23. März 1933):

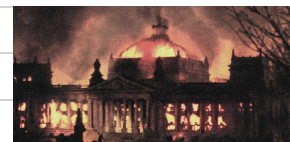
- Ermächtigte die Regierung, Gesetze ohne Zustimmung des Reichstags zu erlassen.



<https://www.tag.de/cms/doc/veranstaltungen/das-ermachtigungsgesetz-1933-und-die-nachkriegung-der-justiz>

2. Reichstagsbrandverordnung (28. Februar 1933):

- Schränkte Grundrechte ein und ermöglichte Verhaftungen ohne richterliche Anordnung.



3. Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat (28. Februar 1933):

- Erlaubte die Einschränkung von Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen.



4. Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30. Januar 1933):

- Gab der NSDAP die Kontrolle über die Regierung und erlaubte Hitler, Gesetze zu entlassen

Hitler, Gesetze und Verordnungen zu erlassen.



3. Göring: Gegen Verfassung und Gewaltenteilung?

1. Ausgrenzung des jüdischen Volkes
2. Göring gibt Schießerlass gegen „Staatsfeinde“ / Strafe bei "falscher Rücksichtnahme"
3. Sieht sich selbst in Führerrolle -> Gewaltenteilung?
4. Überlegungen ("Säuberung") nicht durch demokratische Mittel legitimiert

Tim 1,2 und Jan